



Öffentliche Niederschrift über die 50. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 28.04.2026
Raum, Ort: Bürgerschaftssaal, Rathaus, Breite Straße 62, 23552 Lübeck
Sitzungsbeginn: 16:32 Uhr
Sitzungsende: 21:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz:

Name	Bemerkung
Christopher Lötsch - CDU	

Stimmberechtigte Mitglieder:

Name	Bemerkung
Michelle Akyurt - CDU	abwesend bei den Abstimmungen zu TOP 5.2 und 5.3
Kristin Blankenburg - SPD	Vertretung für: Sandra Odendahl
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Thorsten Fürter - FDP	anwesend bis TOP 15.2 (21:15 Uhr)
Dirk Groß - AfD	
Jochen Mauritz - CDU	Vertretung für: Andreas Zander
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Peter Petereit - SPD	
Renate Prüß - SPD	
Juleka Schulte-Ostermann - Die Linke & GAL	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis TOP 5.15 und 5.15.1 (19:46 Uhr)
Bernhard Simon - CDU	
Detlev Stolzenberg - Die FRAKTION	anwesend ab TOP 1 (16:34 Uhr)
Frank Zahn - SPD	

Mitglieder ohne Stimmrecht:

Name	Bemerkung
Bürgermeister Jan Lindenau - Fachbereich 1 - Bürgermeister	
Lothar Möller - BfL (fraktionsloses Bürgerschaftsmitglied)	

Name

Tim Stüttgen - Volt (fraktionsloses
Bürgerschaftsmitglied)

Gregor Voht - Freie Wähler (fraktionsloses
Bürgerschaftsmitglied)

Bemerkung

anwesend ab TOP 4.1 (16:58 Uhr)

Beiratsmitglieder:

Name

Christian Brandt - Beirat für Menschen mit
Behinderungen

Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen

Bemerkung

anwesend bis zu der Unterbre-
chung bei TOP 5.12

anwesend bis zu der Unterbre-
chung bei TOP 5.12

Verwaltung:

Name

Senatorin Pia Steinrücke - Fachbereich 2 -
Wirtschaft und Soziales

Senatorin Monika Frank - Fachbereich 4 - Kultur
und Bildung

Senatorin Joanna Hagen - Fachbereich 5 - Planen
und Bauen

Sebastian Ziemann - 1.300 - Recht

Oliver Groth - 1.101 - Bürgermeisterkanzlei

Elke Sasse - 1.160 - Frauenbüro

Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung

Ralf Kuschmierz - 2.020 - Fachbereichscontrolling

Bemerkung

anwesend bis zu der Unterbre-
chung bei TOP 5.12

anwesend bis zu der Unterbre-
chung bei TOP 5.12

Teilnahme im öffentlichen Sitzungs-
teil

Geschäftsführung:

Name

Tim Landschof - 1.101 - Bürgermeisterkanzlei

Bemerkung

Abwesend

Stimmberechtigte Mitglieder:

Name

Sandra Odendahl - SPD

Andreas Zander - CDU

Bemerkung

entschuldigt

entschuldigt

Verwaltung:

Name

Senator Ludger Hinsen - Fachbereich 3 - Umwelt,

Bemerkung

entschuldigt

NameSicherheit und Ordnung

Bemerkung

Tagesordnung

Öffentlicher Sitzungsteil:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage
1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.04.2026	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Andreas Zander (CDU): Nutzung Ratskeller	VO/2026/14944
3.2	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verbot des Einbaus klassischer Gasthermen ab 30.06.2026 in Lübeck	VO/2025/14641
3.2.1	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verbot des Einbaus klassischer Gasthermen ab 30.06.2026 in Lübeck	VO/2025/14641-01
3.3	Antwort auf Anfrage CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP: Erreichung der Lübecker Klimaziele	VO/2026/14811-01
3.4	AM Andreas Zander (CDU): 1000-Euro-Prämie für Beschäftigte	20/0114
3.5	NEU: Anfrage AM Voht: Bürgerschaftlich beschlossener Bericht zur Wasserstoffstrategie der SWL	
3.6	NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen zur finanziellen Entlastung der Kommunen	
3.7	NEU: Anfrage AM Akyurt: Vergabeverfahren im Kontext von Budgetverträgen	
3.8	NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Umgang mit Haushaltsgenehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde	
3.9	NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Einladung zur AG Aufgabenkritik	
3.10	NEU: Anfrage AM Voht: Vorbereitende Maßnahmen für eine mögliche Walstrandung in "Lübecker Gewässern"	

4	Berichte	
4.1	Tätigkeitsbericht des Frauenbüros der Hansestadt Lübeck 2023 - 2025	20/0067
4.2	Bericht zur Erhöhung der Hundesteuer	VO/2026/14842
4.3	Bericht gem. »AT - CDU, BÜ90/DIE GRÜ- NEN, FDP: Haushaltsbegleitbeschluss - Haushalt 2026« zu 6 a) Zuschuss Kulturstiftung (ursprünglich 5/14306-01-01-03)	20/0016
4.4	Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26	VO/2026/14901
4.5	Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26	VO/2026/14941
4.6	Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027 (ursprünglich VO/2026/14884)	20/0036
4.6.1	AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION): Anfrage zu Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo	VO/2026/14986
4.6.2	Antwort zur Anfrage AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION) zu den Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo	20/0087
4.6.3	AM Bernhard Simon (CDU): Ergänzende Informationen zu VO/2026/14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027	VO/2026/14988
4.6.4	Antwort zur Anfrage AM Bernhard Simon (CDU) zu ergänzenden Informationen zur VO/2026-14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027	20/0083
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Stiftung St. Johannis-Jungfrauenkloster (JJK): Feststellung des Jahresabschlusses 2023	20/0006
5.2	Kulturstiftung Hansestadt Lübeck (KS): Feststellung des Jahresabschlusses 2023	VO/2026/14895
5.3	Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (HGH): Feststellung des Jahresabschlusses 2023	VO/2026/14896
5.4	Stiftung Kriegsoferdank (KOD): Feststellung des Jahresabschlusses 2023	VO/2026/14897

5.5	Neufassung der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck und der Zuständigkeitsordnung der Hansestadt Lübeck	20/0096
5.6	Verlängerung eines Erbbaurechtes in Lübeck, Beim Stadthof	20/0027
5.7	Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl von Ortswehrführungen und stellvertretenden Ortswehrführungen in der Hansestadt Lübeck	20/0004
5.8	Weiterführung des Projekts zum Neubau der Feuerwache 2 mit integrierter Leitstelle für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz am Standort der Welsbachstraße 2	VO/2026/14980
5.9	Freigabe einer geförderten Stelle im Ordnungsamt	20/0076
5.10	Austauschvorlage zu VO/2026/14892 - Satzung zur Förderung von Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck	VO/2026/14892-02
5.11	Rechtsanspruch auf schulische Ganztagsförderung gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII ab dem Schuljahr 2026/27 - Umsetzungsschritte in der Hansestadt Lübeck	VO/2026/14984
5.12	Gründung eines 8. Gymnasiums in Moisling	VO/2026/14957
5.13	Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signalisierten Kreuzung (ursprünglich VO/2025/13939)	20/0037
5.13.1	AM Stüttgen: Anfrage zu "Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signalisierten Kreuzung" (ehem. VO/2025/13939)	20/0070
5.13.2	AM Stüttgen: Anfrage (2) zu "Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signalisierten Kreuzung" (ehem. VO/2025/13939)	20/0071
5.14	Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung für die Sanierung des Behnhauses Lübeck - restauratorische Überarbeitung der Innenräume	VO/2026/14954
5.15	Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 21.01.00 - Oberbüssauer Weg/Neue Mitte Moisling (NMM) Teilfortschreibung des Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzeptes für den Stadtteil Moisling	VO/2026/14967
5.15.1	Bebauungsplan 21.01.00 - Oberbüssauer Weg/Neue Mitte Moisling - Satzungsbeschluss	VO/2026/14967-01

5.16	Lindenplatz - Umgestaltung als Interimslösung	20/0012
5.17	Ermächtigung zur Durchsetzung der Ansprüche der Hansestadt Lübeck gegenüber dem Land Schleswig-Holstein in Folge der im Zuge der fachaufsichtlichen Prüfung der rechtskonformen Sachbearbeitung festgestellten Schadenshöhe (öffentliche Teilberatung von TOP 15.1)	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
6.1.1	Stellungnahme der Verwaltung zu VO-2025-14000-01 - Vorgehensweise zur Gründung einer Energie- und Klimaagentur	2025/14000-01-01
6.1.2	Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum AT Antrag VO/2025/14000-01 - Fraktion Linke & GAL: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-02
6.2	Beirat für Menschen mit Behinderung: Befreiung von Assistenzhunden von der Hundesteuer - Änderung der Hundesteuersatzung der Hansestadt Lübeck	VO/2026/14830
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Digitalisierung	
10	Verschiedenes	
11	Ende des öffentlichen Teils	

Öffentlicher Sitzungsteil:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage
17	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentliche Niederschrift

Öffentlicher Sitzungsteil:

Zu 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

+++

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet seien, dies mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheide im Zweifel der Ausschuss.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Tonbandaufzeichnung angefertigt würde, die der Erstellung der Niederschrift diene.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass folgende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht worden seien:

TOP 5.10

TOP 6.1.2

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder über die nichtöffentliche Behandlung von Angelegenheiten erforderlich sei (§ 35 Absatz 2 GO). Er teilt mit, dass die TOP 13.1 und 15.1 bis 15.16 für die Beratung im nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgeschlagen worden seien.

Der Vorsitzende fragt, ob der nichtöffentlichen Beratung widersprochen werde.

AM Dr. Flasbarth beantragt die Angelegenheit unter TOP 15.1 sowohl im nichtöffentlichen, als auch im öffentlichen Sitzungsteil zu beraten.

Hierzu spricht Herr Ziemann.

Der Vorsitzende lässt über den Teilungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 04
Enthaltungen: 00

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der o. g. Angelegenheiten zum nichtöffentlichen Sitzungsteil abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

+++

Der Vorsitzende teilt mit, dass über die Teilnahme von Personen am nichtöffentlichen Sitzungsteil vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen sei (§ 39 Absatz 3 GeschO).

Es sei die Teilnahme der folgenden Person beantragt worden:

- **Oliver Groth**, Bereich Bürgermeisterkanzlei

Der Vorsitzende fragt, ob der Teilnahme widersprochen werde:

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

+++

Der Vorsitzende kommt auf die Tagesordnung zurück und schlägt vor, den TOP 3.3 vor dem Hintergrund dessen, dass es einen Bürgerschaftsbeschluss für einen Bericht oder eine Vorlage gebe, zu streichen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Der Vorsitzende schlägt vor, die folgenden TOP zu vertagen:

TOP 4.4

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.5

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.6 (einschließlich TOP 4.6.1 bis 4.6.4)

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 5.8

Hierzu bittet der Vorsitzende darum, dass dem Hauptausschuss alle Unterlagen der Fachausschüsse zur Verfügung gestellt werden mögen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Zu TOP 5.13 sprechen stellv. AM Mauritz, AM Dr. Flasbarth und der Vorsitzende.

Der Vorsitzende fährt fort:

TOP 15.3

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 15.9

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 15.13

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

AM Schulte-Ostermann bittet darum, die Genehmigung der Niederschrift vom 14.04.2026 [TOP 2.1 und 12.1] zu vertagen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Zu 2. Genehmigung der Niederschrift

Zu 2.1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.04.2026

vertagt

Siehe TOP 1.

Zu 3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Zu 3.1. AM Andreas Zander (CDU): Nutzung Ratskeller

VO/2026/14944 zur Kenntnis genommen

Die Beantwortung erfolgt unter TOP 13.1 im nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Zu 3.2. Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verbot des Einbaus klassischer Gasthermen ab 30.06.2026 in Lübeck

VO/2025/14641 zur Kenntnis genommen

Zu 3.2.1. Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verbot des Einbaus klassischer Gasthermen ab 30.06.2026 in Lübeck

VO/2025/14641-01 zur Kenntnis genommen

AM Fürter möchte im Kontext der Antwort auf die Frage 5 wissen, ob die Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt vor dem Hintergrund der Tatsache der beschränkten Möglichkeiten des Einbaus von Wärmepumpen und der Errichtung von Solaranlagen sowie der Tatsache, dass die SWL nicht in der Lage sein werden, kurzfristig Wärmenetze in der Altstadt zur Verfügung zu stellen, nach dem 30.06.2026 als Härtefälle behandelt würden.

Senatorin Frank sagt für Senator Hinsen zu, eine Antwort zu Protokoll nachzureichen.

Zu 3.3. Antwort auf Anfrage CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP: Erreichung der Lübecker Klimaziele

VO/2026/14811-01 abgelehnt

Siehe TOP 1.

Zu 3.4. AM Andreas Zander (CDU): 1000-Euro-Prämie für Beschäftigte

20/0114 zur Kenntnis genommen

Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage, indem er darauf verweist, dass es an einer tariflichen (und gesetzlichen) Grundlage für die Zahlung der Prämie fehle. Es gebe einen bis 2027 laufenden Tarifvertrag. Die Auszahlung sei seitens des Gesetzgebers nur bis Ende 2026 vorgesehen. Darüber hinaus sei die HL mit erheblichen Haushaltsdefiziten konfrontiert und angehalten, ihren Haushalt weiter zu konsolidieren.

Zu 3.5. NEU: Anfrage AM Voht: Bürgerschaftlich beschlossener Bericht zur Wasserstoffstrategie der SWL

zur Kenntnis genommen

AM Voht zitiert aus der Antwort unter TOP 3.2.1: „Dieser Argumentation folgend, ergreift der Bürgermeister keine Handlungen, um die Umstellung des Lübecker Gasnetzes auf 100% Wasserstoff voranzutreiben.“ (S. 2 der VO/2025/14641-01). Er möchte hierzu wissen, ob die Entscheidung des Bürgermeisters allein auf den in der Antwort zitierten, übersichtlichen Ausführungen im kommunalen Wärmeplan basiere oder ob inzwischen der vor drei Jahren bürgerschaftlich angeforderte Bericht der SWL vorliege. Falls der Bericht vorliege, möchte er wissen, wieso er der Bürgerschaft nicht entgegengebracht worden sei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Entwurf des Berichts und der Wasserstoffstrategie vorliege, zu dem er jedoch noch Nachfragen habe. Sobald die Fragen geklärt seien, werde er das Gesamtwerk vorlegen.

Zu 3.6. NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen zur finanziellen Entlastung der Kommunen

zur Kenntnis genommen

AM Dr. Flasbarth spricht einen Referentenentwurf des Bundesfinanzministers an, der die finanzielle Entlastung der Kommunen vor dem Hintergrund hoher zu stehender Sozialausgaben und verhältnismäßig niedrigerer Einnahmen zum Ziel habe. Der Referentenentwurf sehe für das gesamte Land Schleswig-Holstein Zuwendungen i. H. v. 13 Millionen EUR über vier Jahre vor. Unter der Annahme einer identischen Verteilungssystematik wie beim Sondervermögen, erhalte die HL für vier Jahre jährlich 245.000 EUR. AM Dr. Flasbarth möchte zu diesem Referentenentwurf wissen, wie der Bürgermeister die Hilfe des Bundesfinanzministers einschätze, was der Bürgermeister unternommen habe bzw. noch zu tun gedenke, um den Referentenentwurf zu verbessern und warum sich der Bürgermeister bislang öffentlich nicht dazu geäußert habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Verwaltung grundsätzlich nicht zu Referentenent-

würfen und sonstigen Entwürfen äußere. Er beschäftige sich jedoch mit dem Thema u. a. im Rahmen der gestrigen Vorstandssitzung des Gemeinde- und Städtetages in Reinbek. Er glaube, es sollte abgewartet werden, bis Fakten vorlägen.

Zu 3.7. NEU: Anfrage AM Akyurt: Vergabeverfahren im Kontext von Budgetverträgen
zur Kenntnis genommen

AM Akyurt spricht die Träger an, die freiwillige Leistungen für die HL übernehmen würden. Sie möchte wissen, inwiefern in diesem Kontext Vergabeverfahren vorgeschrieben seien.

Der Bürgermeister erläutert, dass für alle Träger mit einem bestehenden Budgetvertrag, d. h. mit vertraglich [bereits] vereinbarten Leistungen, bei einer Verlängerung kein Vergabeverfahren durchzuführen sei. Es werde ausgeschrieben, wenn eine Aufgabe neu sei (z. B. Eröffnung einer neuen Kindertageseinrichtung).

Zu 3.8. NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Umgang mit Haushaltsgenehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde
zur Kenntnis genommen

AM Dr. Flasbarth spricht die Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht an und zeigt sich verwundert darüber, dass der Umgang mit der Genehmigung noch nicht auf der Tagesordnung stehe. Er möchte wissen, wann dies passiere und ob es sinnvoll sei, sich schnell mit dem Thema zu befassen, um bei den Investitionen voranzuschreiten.

Herr Uhlig erläutert, dass der Bürgerschaft im Mai eine Beschlussvorlage mit entsprechenden Vorschlägen vorgelegt werde.

Zu 3.9. NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Einladung zur AG Aufgabenkritik
zur Kenntnis genommen

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, wann die Einladung zur beschlossenen AG zur Aufgabenkritik versandt werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er denke, dass die Einladung spätestens Anfang kommenden Woche zugehen werde, da er sie heute unterschrieben habe.

Zu 3.10. NEU: Anfrage AM Voht: Vorbereitende Maßnahmen für eine mögliche Walstrandung in "Lübecker Gewässern"

zur Kenntnis genommen

AM Voht fragt danach, ob die HL für den Fall einer möglichen Walstrandung in „Lübecker Gewässern“ vorbereitet sei (z. B. hinsichtlich Ablaufplänen, Zuständigkeiten).

Der Bürgermeister erklärt, dass die HL abgestimmt sei und wüsste, mit wem sie zu kommunizieren hätte. Die HL sei in der Lage, mit einer derartigen Situation umzugehen.

Zu 4. Berichte

Zu 4.1. Tätigkeitsbericht des Frauenbüros der Hansestadt Lübeck 2023 - 2025

20/0067 zur Kenntnis genommen

Wortmeldungen: AM Siegenbrink, Frau Sasse, AM Akyurt, AM Prüß, AM Voht.

Zu 4.2. Bericht zur Erhöhung der Hundesteuer

VO/2026/14842 zur Kenntnis genommen

Wortmeldungen: AM Fürter, der Bürgermeister, AM Möller, der Vorsitzende, AM Dr. Flasbarth, Herr Uhlig, AM Akyurt, AM Zahn, AM Simon.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Redeliste, auf der sich noch AM Voht, AM Möller und AM Dr. Flasbarth befänden, zu schließen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

AM Voht schlägt vor, die Beratung zu vertagen, um zunächst Anträge diskutieren zu können.

Sodann sprechen AM Möller, AM Dr. Flasbarth, der Vorsitzende und der Bürgermeister.

Zu 4.3. Bericht gem. »AT - CDU, BÜ90/DIE GRÜ- NEN, FDP: Haushaltsbegleitbeschluss - Haushalt 2026« zu 6 a) Zuschuss Kulturstiftung (ursprünglich 5/14306-01-01-03)
20/0016 zur Kenntnis genommen

Keine Wortmeldungen.

Zu 4.4. Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26
VO/2026/14901 vertagt

Siehe TOP 1.

Zu 4.5. Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26
VO/2026/14941 vertagt

Siehe TOP 1.

Zu 4.6. Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027 (ursprünglich VO/2026/14884)
20/0036 vertagt

Siehe TOP 1.

Zu 4.6.1. AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION): Anfrage zu Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo
VO/2026/14986 vertagt

Zu 4.6.2. Antwort zur Anfrage AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION) zu den Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo
20/0087 *vertagt*

Siehe TOP 1.

Zu 4.6.3. AM Bernhard Simon (CDU): Ergänzende Informationen zu VO/2026/14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027
VO/2026/14988 *vertagt*

Zu 4.6.4. Antwort zur Anfrage AM Bernhard Simon (CDU) zu ergänzenden Informationen zur VO/2026-14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027
20/0083 *vertagt*

Siehe TOP 1.

Zu 5. **Beschlussvorlagen**

Zu 5.1. **Stiftung St. Johannis-Jungfrauenkloster (JJK): Feststellung des Jahresabschlusses 2023**
20/0006 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Jahresabschluss 2023 mit einem Überschuss von 33.604,11 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Betrag wird anteilig der Freien und der Zweck-Rücklage zugewiesen.
3. Der dazugehörige Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2026/14953), der am 11.03.2026 abschließend im RP-Ausschuss beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.2. Kulturstiftung Hansestadt Lübeck (KS): Feststellung des Jahresabschlusses 2023

VO/2026/14895 ungeändert empfohlen

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

- 1 Der Jahresabschluss 2023 der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck mit einem Jahresfehlbetrag von 1.232.261,22 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 15 Abs. 3 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2 Dieser Fehlbetrag wurde durch die Hansestadt Lübeck bereits unterjährig ausgeglichen.
- 3 Der dazugehörige Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2024/14699), der im Prüfungsausschuss am 03.12.2025 abschließend beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.3. Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (HGH): Feststellung des Jahresabschlusses 2023

VO/2026/14896 ungeändert empfohlen

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1 Der Jahresabschluss 2023 mit einem Überschuss von +366.241,16 € wird gem.

§ 92 Abs. 3 GO S-H zur Kenntnis genommen.

2 Dieser Überschuss wird anteilig der Freien und der Zweck-Rücklage sowie dem Stiftungskapital (aufgrund eines Grundstücksverkaufs) zugeführt.

3 Der dazugehörige Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2025/14528) wurde am 01.10.2025 abschließend im Prüfungsausschuss beraten.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.4. Stiftung Kriegsoferdank (KOD): Feststellung des Jahresabschluss 2023 VO/2026/14897 ungeändert empfohlen

Wortmeldungen: Stellv. AM Mauritz, der Vorsitzende, Herr Uhlig, AM Prüß.

Beschlussempfehlung:

1. Der Jahresabschluss 2023 mit einem Fehlbetrag von -280.595,56 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m.§ 15 Abs. 3 StiftungsG S-H zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Fehlbetrag wird aus der Freien und der Zweckrücklage ausgeglichen.

3. Der dazugehörige Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2025/14529), der im RP-Ausschuss am 01.10.2025 abschließend beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.5. Neufassung der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck und der Zuständigkeitsordnung der Hansestadt Lübeck

20/0096 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1. Die Neufassung der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Neufassung der Zuständigkeitsordnung wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.
3. Die Wertgrenzen in der Hauptsatzung und Zuständigkeitsordnung werden spätestens nach drei Jahren evaluiert.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.6. Verlängerung eines Erbbaurechtes in Lübeck, Beim Stadthof

20/0027 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2026 befristeten Erbbaurecht zugunsten von Herrn Andreas Sager belastete Grundstück in Lübeck, **Beim Stadthof 34** ist vorzeitig mit dem Erbbauberechtigten um 40 Jahre zu verlängern.
2. Es wird ein wertgesicherter Erbbauzins in Höhe von 2 v.H. des Bodenwertes (Stand 01.01.2024) von 219.715,60 EUR (= 4.394,31 EUR p.a.) vertraglich vereinbart und grundbuchlich gesichert. Die schuldrechtliche Ermäßigung des Erbbauzinses gem. dem Bürgerschaftsbeschluss vom 30.03.2023 (VO-Nr. 2023/12072) ist in der Anlage 2 dargestellt.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Erbbaurechtsvertrages verbundenen Kosten einschl. der Grunderwerbsteuer sowie evtl. Erschließungskosten und Anschlussbeiträge, sind von dem Erbbauberechtigten zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.7. Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl von Ortswehrführungen und stellvertretenden Ortswehrführungen in der Hansestadt Lübeck
20/0004 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

Der Wahl / Wiederwahl folgender Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren zu Ortswehrführungen bzw. zur stellvertretenden Ortswehrführung wird gemäß § 11 Abs. 3 des Brandschutzgesetzes (BrSchG) zugestimmt:

Zu Ortswehrführungen

Torben Raschke Freiwillige Feuerwehr Travemünde (Wiederwahl)

Martin Scheel Freiwillige Feuerwehr Büssau (Wiederwahl)

Torsten Frobel Freiwillige Feuerwehr Kronsforde (Wiederwahl)

Zur stellvertretenden Ortswehrführung

Hannes Kröger Freiwillige Feuerwehr Schlutup (Neuwahl)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.8. Weiterführung des Projekts zum Neubau der Feuerwache 2 mit integrierter Leitstelle für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz am Standort der Welsbachstraße 2
VO/2026/14980 *vertagt*

Siehe TOP 1.

Zu 5.9. Freigabe einer geförderten Stelle im Ordnungsamt

20/0076 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1. Freigabe zur Besetzung einer neuen Stelle (1,0 VZÄ) als Lots:in im Bereich Ordnungsamt auf der Grundlage des Haushaltsbegleitbeschlusses 2025/14306-01-01.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die stellenplanmäßige Ordnung herzustellen

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.10. Austauschvorlage zu VO/2026/14892 - Satzung zur Förderung von Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck

VO/2026/14892-02 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1. Die Satzung zur Förderung Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck wird gem. Anlage 2 beschlossen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung und nähere Ausgestaltung der Satzung im Rahmen einer Verwaltungsrichtlinie umzusetzen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.11. Rechtsanspruch auf schulische Ganztagsförderung gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII ab dem Schuljahr 2026/27 - Umsetzungsschritte in der Hansestadt Lübeck

VO/2026/14984 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die bestehenden Budgetverträge für die leistungserbringenden Träger der ganztägigen Förderung von Grundschulkindern über die aktuelle Laufzeit bis 31.12.2026 hinaus bis zum 31.07.2027 (Ende des Schuljahres 2026/27) abweichend vom Haushaltbegleitbe-

schluss (VO2025/14306-01-01) zu verlängern.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Schuljahr 2025/26 geltenden Regelungen für Zuzahlungen der Familien zur ganztägigen Förderung von Grundschulkindern auch im Schuljahr 2026/27 anzuwenden und den Ausschüssen sowie der Bürgerschaft dazu im Mai 2026 einen mit Landesrecht vereinbaren Vorschlag vorzulegen.

3. Den leistungserbringenden Trägern ist seitens der Verwaltung umgehend mitzuteilen, dass auf dieser Basis für das Schuljahr 2026/27 Verträge mit den Familien geschlossen werden können.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, bei Haushaltsaufstellung für 2027 und bezogen auf die mittelfristige Finanzplanung nicht nur Konsolidierungseffekte aufgrund der aufwachsenden Landesförderung darzustellen, sondern auch solche, die sich aus landesrechtlich nicht verpflichtenden, in der Hansestadt Lübeck aber bereits realisierten Qualitätsstandards für die ganztägige Förderung von Grundschulkindern sowie einer landesrechtlich zulässigen Erhöhung der Zuzahlungen von Familien für dieses Angebot ergeben könnten.

5. Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft ausgehend von ihren Haushaltsbeschlüssen für 2027 und der mittelfristigen Finanzplanung eine Richtlinie zur Finanzierung der ganztägigen Förderung von Grundschulkindern durch freie Träger in der Hansestadt Lübeck ab dem Schuljahr 2027/28 zur Beschlussfassung vorzulegen.

6. Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft ausgehend von ihren Haushaltsbeschlüssen für 2027 und der mittelfristigen Finanzplanung ggf. eine geänderte Satzung zur Erhebung der Zuzahlungen von Familien zur ganztägigen Förderung von Grundschulkindern vorzulegen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.12. Gründung eines 8. Gymnasiums in Moisling

VO/2026/14957 *vertagt*

Wortmeldungen: Der Vorsitzende, Senatorin Frank, AM Dr. Flasbarth, AM Simon, AM Siegenbrink, AM Petereit, AM Akyurt, AM Fürter, AM Zahn.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für zehn Minuten, damit Senatorin Frank die in der Beratung erbetenen Informationen telefonisch in Erfahrung bringen kann.

- Unterbrechung der Sitzung von 18:13 Uhr bis 18:24 Uhr -

Der Vorsitzende setzt die Sitzung fort.

Wortmeldungen: Senatorin Hagen, Senatorin Frank, der Vorsitzende, AM Voht, AM Schulte-Ostermann, AM Müller-Lornsen, AM Dr. Flasbarth.

Aus der Beratung heraus ergibt sich bei mehreren Ausschussmitgliedern ein Vertagungswunsch.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Redeliste, auf der sich noch AM Prüß und Senatorin Frank befänden, zu schließen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Wortmeldungen: AM Prüß, Senatorin Frank.

Senatorin Frank sagt zu, die offenen Fragen möglichst bis zur Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 21.05.2026 möglichst schriftlich zu beantworten.

Der Vorsitzende lässt abschließend über die Vertagung um eine Sitzung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.13. Mühltorplatz - Umgestaltung zur signalisierten Kreuzung (ursprünglich VO/2025/13939)

20/0037 *vertagt*

Wortmeldungen: Der Vorsitzende, AM Petereit, Senatorin Hagen, AM Schulte-Ostermann, der Bürgermeister, AM Fürter, AM Stolzenberg, AM Dr. Flasbarth, stellv. AM Blankenburg, AM Voht.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, in der Beschlussfassung des Bauausschusses über die Vorlage abzustimmen.

AM Petereit bittet um die Beantwortung von offenen Fragen und vor diesem Hintergrund um die Vertagung. Er beantragt später die Vertagung und möchte zudem beantwortet bekommen, ob der Hauptausschuss oder die Bürgerschaft hier die Entscheidungszuständigkeit besitze.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für zehn Minuten.

- Unterbrechung der Sitzung von 19:20 Uhr bis 19:43 Uhr -

Der Vorsitzende setzt die Sitzung fort.

Er erklärt, dass CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und die FDP den gestellten Vertagungsantrag unterstützen würden. Allerdings werde darum gebeten, dass die offenen Fragen zu den Mehrkosten aufgrund der doppelten Planung sowie zur Zeitschiene bis zur kommenden Hauptausschusssitzung beantwortet werden.

Der Vorsitzende lässt abschließend über den ergänzten Vertagungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

**Zu 5.13.1. AM Stüttgen: Anfrage zu "Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signalisier-
ten Kreuzung"**

(ehem. VO/2025/13939)

20/0070 *vertagt*

Zusammen mit TOP 5.13 vertagt.

**Zu 5.13.2. AM Stüttgen: Anfrage (2) zu "Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signali-
sierten Kreuzung"**

(ehem. VO/2025/13939)

20/0071 *vertagt*

Zusammen mit TOP 5.13 vertagt.

**Zu 5.14. Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung für die Sanierung des Behnhau-
ses Lübeck - restauratorische Überarbeitung der Innenräume**

VO/2026/14954 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

Annahme der von der Possehl-Stiftung angebotenen Spende in Höhe von 250.000,00 EUR zur restauratorischen Überarbeitung der Innenräume des Behnhauses im Zuge der Sanierung des Museums Behnhaus Drägerhaus für das Produktsachkonto 11029.289.7851000 GMHL/Behnhaus Drägerhaus/Sanierungsmaßnahme/Hochbaumaßnahme im Haushaltsjahr 2026.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 00
Enthaltungen: 00

Zu 5.15. Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 21.01.00 - Oberbüssauer Weg/Neue Mitte Moisling (NMM) Teilfortschreibung des Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzeptes für den Stadtteil Moisling
VO/2026/14967 *ungeändert empfohlen*

Die TOP 5.15 und 5.15.1 werden gemeinsam beraten.

Wortmeldungen: AM Stolzenberg, der Vorsitzende.

Beschlussempfehlung:

Der Bürgermeister wird ermächtigt:

1. Die Funktionsneuordnung und die Neuabgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche und solitären Nahversorgungsstandorte im Stadtteil Moisling entsprechend der Teilfortschreibung des Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzeptes umzusetzen.
2. Das Gutachten „Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzept Lübeck - Teilfortschreibung für den Stadtteil Moisling“ des Gutachters GMA aus dem Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 01
Enthaltungen: 00

Zu 5.15.1. Bebauungsplan 21.01.00 - Oberbüssauer Weg/Neue Mitte Moisling - Satzungsbeschluss

VO/2026/14967-01 *ungeändert empfohlen*

Die TOP 5.15 und 5.15.1 werden gemeinsam beraten (siehe Niederschrift zu TOP 5.15).

Beschlussempfehlung:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 21.01.00 – Oberbüssauer Weg/Neue Mitte Moisling – sowie die in der nachfolgenden eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu Änderungen des ausgelegten Bebauungsplanentwurfes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.
Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.
2. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
3. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 21.01.00 – Oberbüssauer Weg/Neue Mitte Moisling – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.
4. Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.
5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan entsprechend dem beiliegenden Entwurf zu berichtigen.
6. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die Berichtigung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.16. Lindenplatz - Umgestaltung als Interimslösung

20/0012 *ungeändert beschlossen*

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Unfallhäufungsstellen im Lindenplatz zu entschärfen. Die Haushaltsmittel in Höhe von 620.000,00 EUR werden hierfür freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.17. Ermächtigung zur Durchsetzung der Ansprüche der Hansestadt Lübeck gegenüber dem Land Schleswig-Holstein in Folge der im Zuge der fachaufsichtlichen Prüfung der rechtskonformen Sachbearbeitung festgestellten Schadenshöhe (öffentliche Teilberatung von TOP 15.1)

zur Kenntnis genommen

Wortmeldungen: Der Vorsitzende, Herr Ziemann, AM Dr. Flasbarth, der Bürgermeister.

Aufgrund rechtlicher Zweifel an der Zulässigkeit der Art und Weise der öffentlichen Teilberatung der o. g. Angelegenheit bricht der Vorsitzende diese ab und kündigt an, die Beratung im nichtöffentlichen Sitzungsteil fortzusetzen.

Zu 6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Zu 6.1. Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität

VO/2025/14000-01 *zurückgezogen*

Die TOP 6.1, 6.1.1 und 6.1.2 werden gemeinsam beraten.

Wortmeldungen: AM Schulte-Ostermann, AM Voht, der Bürgermeister, AM Zahn, stellv. AM Mauritz.

AM Schulte-Ostermann erklärt, dass die den Antrag unter TOP 6.1 zurückziehe. Sie legt die Gründe hierfür dar und gibt zu verstehen, dass sie die Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung unter TOP 6.1.2 als Antrag für den Hauptausschuss übernehme.

Der Vorsitzende lässt abschließend über die Empfehlung unter TOP 6.1.2 als von AM Schulte-Ostermann gestellten Antrag abstimmen (für den Antragstext siehe Niederschrift zu TOP 6.1.2).

Zu 6.1.1. Stellungnahme der Verwaltung zu VO-2025-14000-01 - Vorgehensweise zur Gründung einer Energie- und Klimaagentur
2025/14000-01-01 zur Kenntnis genommen

Die TOP 6.1, 6.1.1 und 6.1.2 werden gemeinsam beraten (siehe Niederschrift zu TOP 6.1).

Zu 6.1.2. Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum AT Antrag VO/2025/14000-01 - Fraktion Linke & GAL: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität
VO/2025/14000-02 ungeändert empfohlen

Die TOP 6.1, 6.1.1 und 6.1.2 werden gemeinsam beraten (siehe Niederschrift zu TOP 6.1).

Antrag:

Die Verwaltung empfiehlt zunächst die Entwicklung eines auf das Stadtgebiet und die Wärmewende fokussierten Grobkonzeptes unter Federführung der Hansestadt zu beschließen. Die hierfür erforderlichen internen Ressourcen (ca. 0,5 Personalstellen) sind bereitzustellen und einen externen Dienstleister mit einem Volumen von ca. 50.000 € ist zu beauftragen. Das Angebot der TH Lübeck hier zu unterstützen sollte genutzt werden. Die o.g. Akteure sollten frühzeitig mit einbezogen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, hierfür insbesondere Ressourcen aus dem Bereich der Umsetzung des Masterplans Klimaschutz / Quartiersarbeit umzuschichten, da eine Energie- und Klimaagentur perspektivisch gerade dort einen erheblichen Mehrwert bieten würde. Begleitend wird versucht, Fördermittel von der Landesebene einzuwerben.

Die Option einer späteren regionalen Öffnung sollte ausdrücklich vorgesehen werden. Der Erstellungsprozess des Grobkonzeptes soll durch ein Steuerungsgremium unterstützt wer-

den.

Mit diesem Vorgehen wird ein kurzfristiger, pragmatischer, umsetzungsorientierter Start ermöglicht.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	01
Enthaltungen:	00

Zu 6.2. Beirat für Menschen mit Behinderung: Befreiung von Assistenzhunden von der Hundesteuer - Änderung der Hundesteuersatzung der Hansestadt Lübeck

VO/2026/14830 *vertagt*

Wortmeldungen: Der Vorsitzende, AM Schulte-Ostermann, AM Petereit.

AM Schulte-Ostermann schlägt vor, die Beratung zu vertagen.

Infolge einer entsprechenden Anmerkung von AM Petereit verständigt man sich darauf, die Verwaltung damit zu beauftragen, bis zur nächsten Sitzung darzulegen, welche Hunde als Assistenzhunde anerkannt werden und ob es sich in Verbindung mit der neuen Definition um eine Erweiterung handelt.

Der Vorsitzende fragt, ob jemand gegen die Vertagung sei:

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Zu 7. Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

Zu 8. Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

Zu 9. Digitalisierung

Es liegt nichts vor.

Zu 10. Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Zu 11. Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Sitzungsteil. Alle nicht zur Teilnahme berechtigten Personen verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird mit dem nichtöffentlichen Sitzungsteil fortgesetzt.

Öffentlicher Sitzungsteil:

Zu 17. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Christopher Lötsch
Vorsitz

Tim Landschof
Protokollführung